

26.04.2021

Aktuelle Stunde

**auf Antrag
der Fraktion der SPD**

Tarifflicht in Nordrhein-Westfalen eindämmen!

Am Donnerstag, den 22. April 2021, hat die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di NRW) in einer aktuellen Pressemitteilung auf die Problematik anhaltender Tarifflicht von einzelnen Unternehmen hingewiesen. In diesem Fall geht es konkret um die Weigerung der TSP GmbH, einer Tochtergesellschaft im LEG Konzern, als Arbeitgeber in Tarifverhandlungen für die rund 420 Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen zu treten. In der Konsequenz streiken die Beschäftigten seit 60 Tagen und kämpfen für ihre Rechte.

Anhand dieses aktuellen Beispiels wird deutlich, dass die fehlende Bereitschaft einzelner Unternehmen in NRW dazu führt, dass die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eingeschränkt werden und ihnen faire tarifliche Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und Wertschätzung verwehrt bleiben. Dabei ist das vorliegende Beispiel bei dem Tochterunternehmen des LEG Konzerns beileibe kein Einzelfall. Der Wohnungskonzern Vonovia etwa fährt die Tarifbindung weitestgehend zurück. Der Tarifvertrag ist in den Konzerngesellschaften der Vonovia nur noch die Ausnahme und gilt nur noch über Besitzstandsregelungen für „Alt-Beschäftigte“. Alle neuen Beschäftigten werden ohne Tarifvertrag eingestellt. Auch exemplarisch Unternehmen wie Thalia, Esprit oder die neuen Eigentümer des bereits veräußerten Handelsunternehmens real haben Tarifverträge gekündigt oder erkennen bestehende Tarifverträge nicht an.

In der Konsequenz bedeutet das, dass im Einzelhandel nur noch 30 Prozent der Beschäftigten unter den Geltungsbereich des Flächen-Tarifvertrages fallen. Dabei sind die negativen wirtschaftlichen Folgen mangelnder Tarifbindung für die Beschäftigten und die Gesellschaft enorm. Bereits im Jahr 2019 hat der DGB NRW öffentlich angemahnt, dass in Nordrhein-Westfalen den Sozialversicherungen jährlich 2,2 Milliarden Euro und dem Fiskus 1,3 Milliarden Euro an Einkommensteuer aufgrund von Tarifflicht und Lohndumping entgehen.

Allein dem Land Nordrhein-Westfalen entgehen dadurch 547 Millionen Euro und seinen Kommunen weitere 193 Millionen Euro. Das sind insgesamt 3,5 Milliarden Euro pro Jahr. Die mangelnde Tarifbindung wirkt sich darüber hinaus unmittelbar auf die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung aus: Mit flächendeckender Tarifbindung hätten die Beschäftigten in NRW rund 3,2 Milliarden Euro mehr pro Jahr im Portemonnaie.

Mit geringeren Einkommen haben nicht nur die Beschäftigten weniger Netto in der Tasche. Die Zahlen bedeuten auch weniger Geld für die Sozialversicherungen und weniger Steuereinnahmen. Gerade bei den aktuellen Herausforderungen für NRW, die es auch bedingt durch die Corona-Pandemie zu bewältigen gilt, wird deutlich wie dringend diese Einnahmen

Datum des Originals: 26.04.2021/Ausgegeben: 26.04.2021

gebraucht werden. Das Geld wird gebraucht für den sozialen Ausgleich, für Investitionen in Infrastruktur und in Bildung. Eine hohe Tarifbindung stärkt außerdem die Binnennachfrage, stabilisiert die Wirtschaft vor Ort und sichert gute Arbeit.

Aufgrund der Bedeutung des Themas besteht ein dringendes öffentliches wie auch parlamentarisches Interesse, dass die Landesregierung in einer Aktuellen Stunde ihre Position und ihre Ziele im Kontext der o.g. geschilderten Problematik erklärt.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Lisa-Kristin Kapteinat
Josef Neumann

und Fraktion